



S.-H. Gemeindetag • Reventlouallee 6 • 24105 Kiel

24 105 Kiel, 10.12.07.

An die
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister
Bürgervorsteherinnen und Bürgervorsteher
sowie Zweckverbandsvorsteher
im Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag

Reventlouallee 6/ II. Stock
Haus der kommunalen Selbstverwaltung
Telefon: 0431 570050-50
Telefax: 0431 570050-54
E-Mail: info@shgt.de
Internet: www.shgt.de

Aktenzeichen: Bü

Bürgermeisterbrief II/2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

traditionsgemäß informieren wir Sie mit diesem Bürgermeisterbrief über die wichtigsten Aktivitäten des Gemeindetages, der sich für alle schleswig-holsteinischen Gemeinden, Ämter und Zweckverbände intensiv einsetzt. Wir stellen diese kleine Auswahl der wichtigsten Themen, die die fachliche Arbeit des Gemeindetages in den letzten Monaten bestimmt haben, unter die drei Überschriften Themen – Impulse – Erfolge.

A. Kommunales Jahr der Feuerwehr 2008

Die Delegiertenversammlung des Gemeindetages hat am 14. November 2007 einstimmig folgenden Beschluß gefasst:

*„Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag ruft das Jahr 2008 zum „**Kommunalen Jahr der Feuerwehr**“ aus und stellt dies unter das Motto „**1000 Aktionen für eine sichere Zukunft.**“*

Der SHGT ruft die über 1000 Gemeinden dazu auf, im Jahr 2008 mit mindestens einer Aktion für die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in der Freiwilligen Feuerwehr zu werben. Möglichst viele Menschen sollen etwas über die Bedeutung der Feuerwehren erfahren und dazu motiviert werden, mitzumachen. So wollen wir die Feuerwehren dabei unterstützen, die Zukunft der kostengünstigen ehrenamtlichen Feuerwehren in den Gemeinden zu sichern.

Sicherheit in der Gemeinde geht alle an. Die Menschen und die Betriebe wollen auf schnelle und qualifizierte Hilfe in Notfällen vertrauen. Es ist Aufgabe der Gemeinden, dies mit ihren Feuerwehren sicherzustellen. Die heutige hohe Qualität des Brand- und Katastrophenschutzes, der Rettung und der Hilfeleistung kann nur aufrecht erhalten werden, wenn auch künftig genügend Freiwillige mitwirken.“

Es ist das erste Mal, dass der Gemeindetag auf diese Weise ein Jahr mit einem programmatischen Motto versieht und so gemeinsam mit den Mitgliedsgemeinden einen besonderen Themenschwerpunkt setzt.

Die Feuerwehren haben erstmals öffentlich auf den deutlichen Rückgang der Aktivenzahlen bei den Freiwilligen Feuerwehren hingewiesen. Seit 1996 ist die Zahl der Einsatzkräfte um über 10 % auf unter 51.000 zurückgegangen. Die zunehmenden Anforderungen an die Mobilität der Arbeitnehmer, der demografische Wandel und die Belastungen durch das Ehrenamt machen es immer schwerer, ausreichend Nachwuchs für langfristiges Engagement in den freiwilligen Feuerwehren zu finden.

Die Feuerwehren sind daher mit einer Mitgliederwerbeaktion in die Offensive gegangen und wir sollten dies nach Kräften unterstützen und zwar nicht erst, wenn es zu spät ist. Den Rückgang der Aktiven bei unseren Feuerwehren nehmen wir nicht hin. Der Brandschutz und dafür auch die Sicherstellung leistungsfähiger Feuerwehren ist eine Aufgabe der Gemeinde und damit „Chefsache“ für den Bürgermeister.

Daher wollen wir 2008 in jeder Gemeinde mindestens eine Aktion durchführen, um neue Mitglieder für die Feuerwehren zu gewinnen, die Feuerwehrleute zu motivieren und für die Feuerwehren und ihre Leistungen zu werben.

Der Gemeindetag wird seine Mitglieder dabei intensiv unterstützen. In den Anlagen zu diesem Bürgermeisterbrief finden Sie ein Merkblatt mit Aktionsvorschlägen, einen Aufkleberbogen mit dem neuen Logo für dieses Aktionsjahr und einen Fragebogen, mit dem wir Sie um Mitteilung Ihrer Aktionen bitten. Auf unserer Homepage www.shgt.de wird Anfang des Jahres ein Sonderbereich eingerichtet, in dem neben allen wichtigen Infos und Hilfsmitteln zur Aktion eine Datenbank mit den Projekten eingerichtet wird.

Wir setzen auf die Initiative der Bürgermeister und hoffen auf eine breite Mitwirkung der Gemeinden.

B. Themen – Impulse – Erfolge

I. Themen

1. Verwaltungsstrukturreform

Durch die Verwaltungsstrukturreform verändert sich die kommunale Landschaft erheblich.

Die Zahl der Kommunalverwaltungen geht um ein Drittel zurück, über 70 Gemeinde- und Amtsverwaltungen werden aufgelöst. 14 unserer amtsfreien Gemeinden verlieren ihre eigene Verwaltung, dasselbe gilt für 11 Städte. 9 Städte sind künftig amtsangehörig. Andererseits werden 6 Städte neu die Verwaltung für Ämter oder ehrenamtliche amtsfreie Gemeinden übernehmen. Damit verändert die Kommunalverwaltung in Schleswig-Holstein ihr Gesicht. All dies hat natürlich auch Auswirkungen auf den Gemeindetag.

Ein Beispiel hierfür ist, dass die Delegiertenversammlung am 14. November – mit nur 3 Gegenstimmen – die Beitragsordnung so anpassen mußte, dass die durch Wegfall von Amts- und Gemeindeverwaltungen ausfallenden Mitgliedsbeiträge ab 2009 wieder kompensiert werden. Nur so bleibt der SHGT handlungsfähig. Dabei haben wir auf eine Lösung geachtet, die die Haushalte der allermeisten Mitgliedsgemeinden gar nicht direkt berührt und die vermeidet, dass die einwohnerstarken größeren Mitgliedsgemeinden einen überproportionalen Anteil der Last tragen müssen.

2. Schulpolitik

Auch die Schulpolitik bringt erhebliche Veränderungen mit sich. Darunter fällt nicht nur das Problem, dass die flächendeckende Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten oftmals auf dem Rücken der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker ausgetragen wird.

Schulträgerschaften müssen sich neu ordnen. Investitionen in Schulstandorte werden neu erforderlich, gleichzeitig geht jedoch die Planbarkeit zurück und Förderinstrumente fallen

weg. Die Schulkostenbeiträge sollen drastisch steigen und bewirken somit einen erheblichen neuen Finanzausgleich zugunsten insbesondere der Mittelstädte, der kreisfreien Städte und der Kreise. Hinzu kommen ab Sommer 2008 die Belastungen durch die Abwälzung der Schulkosten für die dänische Minderheit auf die Gemeinden. Vielen Gemeinden droht so durch das Schulgesetz der Verlust ihrer Handlungsfähigkeit. Darauf haben wir die Politik immer wieder hingewiesen und werden noch mal eine Initiative ergreifen, um das schlimmste zu verhindern.

3. Ländliche Räume

Wir haben uns intensiv dafür eingesetzt, dass die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein zukunftsfähig bleiben und die notwendige Unterstützung bekommen. Nur zwei Beispiele:

- Wir setzen uns für eine Aktionsgemeinschaft von Kommunen, Wirtschaft und Land mit dem Ziel ein, in möglichst kurzer Zeit alle schleswig-holsteinischen Gemeinden mit schnellen Breitbandinternetanschlüssen zu versorgen.
- Auf unsere Anregung hin hat Minister Dr. von Boetticher ein Strategiepapier zu den Zukunftsperspektiven der ländlichen Räume durch das Kabinett gebracht, das im Gegensatz zu früheren Aussagen der Landesregierung unseren ländlichen Räumen eine große Bedeutung für das ganze Land zuweist und zwar nicht nur als touristische Fläche, sondern als attraktiver Standort für die Menschen und für die Wirtschaft.

4. Finanzen

Wir halten das Thema Finanzeingriff in Höhe von 120 Mio. Euro weiterhin auf der Tagesordnung und lassen nicht locker, denn die versprochene zeitgleiche und vollständige Kompensation durch Aufgabenabbau hat das Land bei weitem noch nicht erreicht. Das sagt selbst die Landesregierung. Nur die Konsequenzen daraus hat das Land noch nicht gezogen. Leider haben seit über einem Jahr weder Landtag noch Landesregierung es für nötig befunden, hierüber mit den Kommunen Verhandlungen zu führen.

Wenn nun seitens der Landespolitik auf die steigenden Steuereinnahmen verwiesen wird, muss man entgegenen:

- Erstens profitieren davon viele Kommunen nicht, denn die entsprechende Gewerbestruktur fehlt.
- Zweitens: die Konjunktorentwicklung flacht sich bereits wieder ab und die Unternehmenssteuerreform wird für die Kommunen in SH von 2008 bis 2011 Einnahmeverluste in Höhe von deutlich über 100 Mio. Euro mit sich bringen.
- Drittens: es ist kurzsichtig, nur die Einnahmeseite zu betrachten. Auf der Ausgabeseite erkennen wir jedoch viele Belastungen, Risiken und Aufgaben, die vor uns stehen und für die die Kommunen die vollen Mittel des Finanzausgleiches ungekürzt benötigen. Hierbei geht es um die Leistungsfähigkeit der Kommunen im Dienste ihrer Bürger; vor allem auf den Gebieten Soziales, Sicherheit und Infrastruktur. Gerade wenige Monate vor der Kommunalwahl muss deutlich werden, dass die neu zu wählenden Kommunalparlamente auch in der kommenden Wahlperiode noch die notwendigen finanziellen Mittel für ihre Entscheidungen haben.
- Viertens: der Innenminister fordert die Kreise derzeit auf, die Kreisumlage anzuheben. Einen wichtigen Grund dafür hat jedoch das Land selbst geschaffen, denn die Finanzen der Kreise stünden ohne den Eingriff in den Finanzausgleich besser da.

5. Funktionalreform und Verwaltungsstrukturen der Kreise

Die für das Land erstellten Gutachten zur Kreisgebietsreform betrachten wir als Erfolg für den Gemeindetag und es ist gut, dass sie in Auftrag gegeben wurden. So haben die Gutach-

ter viele unserer Argumente bestätigt. Vor allem aber hat die gesamte Landesregierung klargestellt, dass es eine Reduzierung auf lediglich vier oder fünf Großkreise in Schleswig-Holstein nicht geben wird. Dies ist gut für unsere Gemeinden, denn solche Riesengebilde hätten politisch kaum noch eine Nähe zu den Gemeinden und würden eine Diskussion über die Gemeindestruktur zur Folge haben, die wir nicht wollen.

Wir sehen jetzt aber auch die Kreise am Zuge. Die Kreise bekommen die Chance, die die Koalition den Ämtern und amtsfreien Gemeinden nicht geben wollte. Sie sollten handeln und die von den Gutachtern für möglich gehaltenen Einsparungen insbesondere durch Kooperationen möglichst schnell erzielen.

6. Zentrale Orte und Entwicklungschancen der nicht zentralen Gemeinden

Wir haben einen Arbeitskreis eingerichtet, der unsere zentralen Orte und Stadtrandkerne stärker profilieren und eigene Ideen zur Weiterentwicklung des zentralörtlichen Systems entwickeln soll. Gleichzeitig wollen wir uns dafür einsetzen, die Entwicklungschancen der nicht zentralen Gemeinden zu stärken. Unsere Befürchtungen (siehe Bürgermeisterbrief I/2007) haben sich bestätigt, dass das Innenministerium mit dem Landesentwicklungsplan 2010 bis 2025 die Entwicklungschancen der meisten Gemeinden massiv einschränken will.

7. Kinderbetreuung

Die Kommunen müssen und wollen die Kinderbetreuung auch für unter dreijährige Kinder ausbauen. Die Frage ist: Wer unterstützt uns dabei? Der Bund gibt nun Geld dafür. Was tut das Land? Lässt es die Eltern und Kommunen mit der Aufgabe alleine? Für uns ist klar: Die Gelder des Bundes müssen zu 100 % an die Kommunen weitergegeben werden. Das Land muss mindestens genau so viel geben wie der Bund. Und wir brauchen schnell ein vernünftiges Verfahren für den Einsatz der Investitionsmittel des Bundes ab 2008.

8. Modernisierung der Verbandsarbeit und der Kommunikation

Wir haben in unserer Zeitschrift „Die Gemeinde“ eine neue Serie begründet mit dem Titel „Die Innovative Gemeinde“. Hier wollen wir interessante Projekte und Lösungen vorstellen und so einige der vielen guten Ideen verbreiten, die unsere engagierten Haupt- und Ehrenamtler in den Gemeinden und Ämtern entwickeln. Außerdem wollen wir in unserer Zeitschrift nach und nach die neuen Ämter mit einem Portrait präsentieren. So wollen wir der Tatsache gerecht werden, dass sich in den neuen Ämtern auch eine neue Identität entwickelt und wollen die neuen Ämter landesweit bekanntmachen.

II. Impulse

Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag bleibt ein Motor für Reformen. Wir kritisieren nicht nur, sondern legen seit langem in jedem Jahr eigene, sorgfältig ausgearbeitete Initiativen zur Reform der Kommunalverfassung und unserer Verwaltungen vor. Dies haben wir 2007 fortgesetzt.

Neben vielen kleineren Gesetzesinitiativen wollen wir nur zwei Impulse hervorheben:

1. Modellkommunengesetz

In einer einmaligen Initiative gemeinsam mit dem Unternehmensverband Unterelbe-Westküste haben wir der Landespolitik ein Modellkommunengesetz vorgeschlagen, d. h. die Idee, in zwei ausgewählten Landkreisen mit ihren Städten und Gemeinden bestimmte gesetzliche Vorgaben, Standards und bürokratische Hindernisse befristet auszusetzen und zu prüfen, ob auf diese Vorgaben nicht ganz verzichtet werden kann. So wollten wir die vielen bestehenden Tabus und Blockaden gegen eine entschlossene Aufgabenwende im Sinne von mehr Entscheidungsfreiheit für unsere Kommunen aufbrechen. Während wir sehr positive Stellungnahmen von den Koalitionsfraktionen erhalten haben, konnte sich die Landesregierung leider hierfür bisher nicht erwärmen.

2. Innerkommunale Funktionalreform

Seit mehr als 10 Jahren bemühen wir uns um mehr Bürgernähe und eine Stärkung unserer Verwaltungskraft im ländlichen Raum durch die Verlagerung von Aufgaben mit starkem örtlichem Bezug auf die Amts- und Gemeindeverwaltungen. Die Verwaltungsstrukturreform im kreisangehörigen Raum muss i. d. S. Konsequenzen haben. Daher haben wir im Sommer mit einem neuen Thesenpapier ein klares Angebot der Gemeinden und Ämter unterbreitet und unsere Forderungen zur innerkommunalen Funktionalreform erneuert und konkretisiert. Dieses Papier hat sehr gute Resonanz gefunden, z. B. bei den Koalitionsfraktionen oder beim Ministerpräsidenten.

III. Erfolge

Die Arbeit eines kommunalen Landesverbandes lässt sich nicht immer in messbaren Erfolgen beschreiben, denn sie wirkt strukturell und dauerhaft.

Wir sollten es aber auch hervorheben, wenn wir nach harter Arbeit auch gute Ergebnisse erzielen. Einige Beispiele:

1. Energiewirtschaft.

Mit Hilfe unserer Tochtergesellschaft GeKom haben wir in intensiven und fairen Verhandlungen mit der E.ON Hanse sehr gute Ergebnisse erzielen können, die eben nur ein starker solidarischer Verband erreichen kann.

- So gibt es neue Muster für die Wegenutzungsverträge, in denen wir für die Gemeinden deutliche Verbesserungen gegenüber den bisherigen Verträgen erreichen konnten.
- Der neue Kommunalrabatt in den Bereichen Strom und Gas wird allen unseren Mitgliedern bereits ab dem 01. Januar 2008 eingeräumt, auch wenn ein neuer Wegenutzungsvertrag erst in späteren Jahren abgeschlossen wird.
- Und schließlich haben wir eine Überprüfung der Abrechnung aller Konzessionsabgaben in den vergangenen Jahren veranlasst und im Ergebnis erreicht, dass viele Gemeinden eine Nachzahlung bekommen, die sich landesweit auf knapp 1,4 Mio. Euro summiert.

2. Aufwandsentschädigungen für Bürgermeister und Amtsvorsteher

Sehr viel Sorgen hat uns die Entscheidung der Sozialversicherungsträger gemacht, Bürgermeister und Amtsvorsteher als abhängig Beschäftigte einzustufen und daher zu Beiträgen zur Renten- und Krankenversicherung heranzuziehen.

Leider haben wir es nicht geschafft, das Problem durch die dafür notwendige Änderung des Sozialgesetzbuches des Bundes zu beseitigen. Wir haben aber erreicht, dass die Sozialversicherung Vertrauensschutz gewährt hat und die Beitragspflicht erst nach der Kommunalwahl anwendet und nicht wie vorgesehen schon seit 01. Januar 2007.

Wir haben außerdem schriftliche Klarstellungen der Arbeitsverwaltung und der Rentenversicherung erreicht, die gerade Altersteilzeitlern und Vorruheständlern die Ausübung der Ehrenämter auch künftig ermöglicht.

Und wir haben eine Initiative gegenüber dem Innenministerium mit dem Ziel ergriffen, die Höchstsätze der Entschädigungsverordnung so anzuheben, dass die Ehrenamtler in der kommenden Kommunalwahlperiode netto keine geringere Aufwandsentschädigung haben als jetzt.

3. Finanzeingriff II

Die größte finanzielle Rettungsaktion für unsere Gemeinden wäre uns aber gelungen, wenn wir Ideen des Innenministers erfolgreich abgewehrt haben, die Haushalte eines Teils der kreisfreien Städte und der Kreise mit Mitteln unserer Gemeinden zu sanieren.

Denn er wollte in den kommenden fünf Jahren nochmals 200 Mio. Euro aus dem Finanzausgleich abziehen, um die aufgelaufenen Haushaltsdefizite der Kommunen auszugleichen. Gleichzeitig wollte er durch die Festlegung von Mindestsätzen für die Kreisumlage und die Anhebung der Nivellierungssätze im Finanzausgleichsgesetz die Kreisumlagen deutlich steigen lassen.

Im Ergebnis hätten die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mehr als 100 Mio. Euro draufgezahlt und die Haushalte der kreisfreien Städte und Kreise wären saniert und zwar für Bund und Land nach dem „Fielmann-Prinzip“, nämlich ohne etwas dazu zu zahlen. Wir haben ein klares Gegenkonzept vorgelegt mit dem Ziel, die Fehlbetragszuweisungen für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden wieder so gut auszustatten, dass den wirklich Hilfsbedürftigen besser als bisher geholfen werden kann.

Wir hoffen, dass wir mit dieser klaren Haltung und diesem klaren Gegenkonzept im Sinne wirklicher Solidarität der Städte und Gemeinden diesen erneuten Finanzeingriff vermeiden können.

Unser sauberes Schleswig-Holstein

Bitte beachten Sie, dass wir auch im kommenden Jahr mit Unterstützung der Provinzial Versicherungen sowie dem NDR als Medienpartner die landesweite Aktion „Unser sauberes Schleswig-Holstein“ durchführen, und zwar am Samstag, den 15. März 2008.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen allen für die unverzichtbare Arbeit, die Sie für die Bürgerinnen und Bürger im Lande leisten und für Ihre Mitarbeit, Anregungen und Kritik zur Arbeit von Kreisverband, Landesvorstand und Geschäftsstelle des Gemeindetages. Bitte unterstützen Sie uns auch weiterhin.

Wir wünschen uns für die Kommunalwahl am 25. Mai 2008 eine hohe Wahlbeteiligung und damit Rückenwind für die kommunale Selbstverwaltung in Schleswig-Holstein. Ihnen persönlich alles Gute und viel Erfolg bei diesen Wahlen, sofern Sie wieder antreten !

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche, friedliche Weihnachtszeit und einen guten Start in ein hoffentlich glückliches und erfolgreiches neues Jahr 2008.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



Volker Dornquast
Landesvorsitzender



Jörg Bülow
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied